



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG - LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Hannover, den 29.05.08-18

VBE-Landesvorsitzende Gitta Franke-Zöllmer kritisiert Schulgesetzänderung:

„Demografischer Wandel erfordert flexiblere regionale Bildungsangebote.“

- Ideologische Rezepte aus den 70er Jahren verstellen Blick für die Realität -

„Die angekündigte Schulgesetzänderung zur Einführung weiterer Gesamtschulen beinhaltet den anachronistischen Versuch, die überholte Dreigliedrigkeit zu betonieren. Mit dem absehbaren Auslaufen vieler Hauptschulen in einzelnen Regionen des Landes wäre der Erhalt der Dreigliedrigkeit als Voraussetzung für die Neugründung von Gesamtschulen ad absurdum geführt.“ Das stellte die Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Gitta Franke-Zöllmer bei der Landtagsanhörung am Donnerstag in Hannover fest.

„Eigentlich sind die Bedingungen im Paragraphen 106 (Absatz 2) für die Einrichtung neuer Gesamtschulen so eng gefasst, dass man von einem Gesetz zur Nicht-Einrichtung sprechen kann. Im Gegensatz zu Niedersachsen haben immerhin 10 von 16 Bundesländern die Hauptschule bereits abgeschafft bzw. in das weiterführende Schulwesen integriert, da sie als nicht gleichwertige Schulart weder freiwillig nachgefragt ist, noch gesellschaftlich Anerkennung findet oder berufliche Perspektiven bietet,“ so die Landesvorsitzende. Sie zitierte Wirtschaftsrats-Präsident Lauk. „Das Schulsystem heutiger Art zementiert die hoffnungslose Lage schwächerer Schüler, statt diese zu fördern.“ (Focus 20/08)

Vollends ausgedient habe durch die überstürzte Einführung des 8jährigen Turbogymnasiums die Begründung für das „durchlässige“ dreigliedrige Schulwesen, dass jede/r Schüler/in das Recht auf individuelle Förderung habe. Franke-Zöllmer verbittert: „Die Realität sieht nicht nur anders, sondern viel brutaler aus. Auf einen Aufsteiger kommen 10 Absteiger. Wer das erlebt hat, weiß, was das bedeutet. Beispiel NRW 2004: 18.688 Ab- im Vergleich zu 1.162 Aufsteigern. Auch bei uns verlässt immer noch fast jeder zehnte unser „bewährtes Schulsystem“ ohne Abschluss.“

Die VBE-Vorsitzende weiter: „Der demografische Wandel erfordert flexible Möglichkeiten, Bildungsoptionen für den Einzelnen in der Region wohnortnah vorzuhalten, die ihm die Möglichkeit geben, gleichermaßen gut aber unterschiedlich ausgebildet erfolgreich am gesellschaftlichen/sozialen und am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen.“

„Wir fordern daher mit der OECD „... ein Angebot von Haupt- und Realschulen in einer gemeinsamen Schulart und die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen in der Praxis ...“ (OECD-Wirtschaftsbericht Deutschland 2008, S. 119) und / oder „... die schrittweise Reduktion der Vielgliedrigkeit des weiterbildenden Schulsystems in der Sekundarstufe I mit der sofortigen Integration des Bildungsgangs der Hauptschule in flexible und umfassende Angebote – inklusive eines Oberstufenangebots mit allen Abschlussmöglichkeiten ...“ (Prof. Dr. Klaus Hurrelmann, Bielefeld). Die Neu-Einrichtungen von Gesamtschulen können darüber hinaus dazu beitragen, ein regional angemessenes Schulsystem (Sekundarschule plus doppelqualifizierender beruflicher/allgemein bildender Oberstufe sowie achtjähriges Gymnasium) zu ergänzen oder zu vervollständigen,“ so Franke-Zöllmer abschließend.